

Deutschland und Frankreich

Finanzsteuer in der EU geplant

Eine Finanztransaktionssteuer ist auf internationaler Ebene nicht durchsetzbar. So lautet ein Fazit des G-20-Gipfels an diesem Wochenende. Deutschland und Frankreich wollen sich damit nicht abfinden. Und alleine voranschreiten.

Von Manfred Schäfers und Patrick Welter, Toronto



International wird es nichts mit einer Finanztransaktionssteuer. Deshalb wollen Deutschland und Frankreich sie ohne die anderen Staaten einführen

27. Juni 2010 Die Bundesregierung ist mit ihrem Vorhaben gescheitert, auf dem Gipfeltreffen der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G 20) in Kanada eine Finanztransaktionssteuer durchzusetzen. Frankreich und Deutschland wollen nun prüfen, ob sich eine Besteuerung des Finanzsektors auf EU-Ebene einführen lässt. „Wir wollen einen Rahmen finden, der uns die Besteuerung von Bankaktivitäten erlaubt“, sagte Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy im kanadischen Huntsville. Dies werde unabhängig von der Haltung der anderen G-20-Länder geschehen. Darin sei er sich mit Merkel und dem britischen Premierminister David Cameron einig.

Hintergrund der Bemühungen ist der Wunsch in vielen Ländern, die hohen Kosten der Finanzkrise nicht allein den Steuerzahlern zu überlassen, sondern die Banken als Mitverursacher der Krise zu beteiligen. Allerdings konnten sich die Staaten bisher nicht auf einen gemeinsamen Ansatz einigen, statt dessen variieren die Vorschläge im Wesentlichen zwischen einer Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte (Finanztransaktionsteuer) und einer Bankenabgabe, die sich allerdings auch noch

in ihrer Ausgestaltung unterscheidet. Die wichtigen Schwellenländer China, Brasilien und Indien möchten ihre aufstrebenden Wirtschaften nicht abwürgen und lehnen eine Besteuerung des Finanzsektors generell ab; Kanada selbst hat die Krise weitgehend unbeschadet überstanden und sieht deshalb keine Notwendigkeit dafür.

Obama erhöht den Druck für Bankenabgabe

Der amerikanische Präsident Barack Obama hingegen erhöhte am Wochenende den Druck für eine Bankenabgabe. „Wir müssen den Banken eine Abgabe auferlegen, die die größten Nutznießer der Unterstützung durch den Steuerzahler in der Hochzeit der Krise waren“, sagte er in seiner wöchentlichen Radioansprache. Nach der schon zu Jahresbeginn von ihm vorgeschlagenen Abgabe sollen die Großbanken zehn Jahre lang eine Steuer von 0,15 Prozent auf ihre Verbindlichkeiten zahlen. Mit dem Erlös von etwa 90 Milliarden Dollar sollen die Banken die Staatsauslagen während der Krise nachträglich finanzieren. Während der Verhandlungen über die Finanzmarktreform Ende vergangener Woche wurde in letzter Minute eine andere Bankenabgabe eingebracht. Sie sieht vor, dass die Großbanken und große Hedgefonds über 5 Jahre insgesamt 19 Milliarden Dollar abführen sollen, um für die Kosten der Finanzmarktreform zu zahlen.

Auch Deutschland hat sich schon auf eine Bankenabgabe festgelegt. Doch anders als in den Vereinigten Staaten sollte das Geld in Deutschland nicht helfen, die Kosten der jüngsten Krise zu decken, sondern in einen Fonds fließen, mit dem man künftigen vorbeugen will. Auch die neue britische Regierung hat sich für eine Bankenabgabe entschieden. Anders als in Deutschland soll das Geld aus der Abgabe in den Haushalt fließen. Darüber hinaus hält Bundeskanzlerin Angela Merkel noch unbeirrt an der Finanztransaktionssteuer fest. Als Vorteile werden angeführt, dass sie bei Geschäften mit niedrigen Margen zur Marktstabilisierung beitragen kann. Ebenfalls könnten die Gefahren, die vom automatisierten Handel ausgehen, begrenzt werden. Zudem gibt es Schätzungen, nach denen mit einem Steuersatz von 0,01 Prozent zu einem Einnahmeplus von bis zu 11 Milliarden Euro führen.

Zum Thema

G-20-Gipfel: Alles vertagt
 G-8-Staaten helfen Kindern
 G-20-Gipfel:
 Ausschreitungen in Toronto
 Konjunkturhilfen: Der große Streit ums Sparen
 G-8-Gipfel: Merkel blitzt mit Steuerforderungen ab

Ob alle Euro-Länder mitmachen werden, ist mehr als ungewiss. Doch selbst wenn sich alle beteiligen, droht die Sache ins Leere zu laufen, wenn Großbritannien außen vor bleibt. Wenn Deutschland mit Frankreich und den anderen Euro-Ländern eine Finanztransaktionssteuer einführen, dann könnten in London die Sektkorken knallen. Die Bundesregierung hält dies nicht für ausgemacht, da die Banken in London die neue Abgabe ebenfalls auf die Kunden abwälzen dürften. Die offene Frage wird sein, was belastet die handelnden Banken und Unternehmen stärker: Finanztransaktionssteuer plus Bankenabgabe hier oder nur

Bankenabgabe dort.

Wettbewerbsverschiebungen wirken sich schnell aus

Der Blick zurück zeigt, wie schnell sich Wettbewerbsverschiebungen auswirken. Als die Amerikaner in den sechziger Jahren ihren Finanzplatz stärker regulierten, wanderte das Geschäft nach London ab. Es entstand der Euro-Dollar-Markt, in Europa wurden Geschäfte in der amerikanischen Währung gemacht, genauso wie sich in den siebziger Jahren in London der Euro-DM-Markt etablierte. Damals lohnte es sich für Unternehmen nicht, ihre Anleihen etwa in Frankfurt aufzulegen.

Nachdem die Londoner City schon des öfteren von den Regulierungsschüben in anderen Finanzzentren profitiert hat, könnte sie nochmals Aufwind bekommen, wenn die Finanztransaktionssteuer auf dem Kontinent durchgesetzt würde. Dass der deutsche Finanzplatz heute für den Handel mit Anleihen und Wertpapieren weitgehend bedeutungslos ist, sei nur ein schwaches Argument dafür, eine Steuer voranzutreiben, die diesen Zustand weiter verschärfen kann, wie Kenner der Finanzmärkte kritisch anmerken. Die Finanztransaktionssteuer wirkt wie die Börsenumsatzsteuer, die ausgerechnet eine schwarz-gelbe Bundesregierung 1991 abgeschafft hat.

Josef Ackermann, der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, hat am Wochenende vor länderspezifischen Startterminen für schärfere Kapitalregeln für Banken gewarnt. Sollten die Länder nicht koordiniert vorgehen, könnten Beteiligte die Unterschiede in der Regulierung ausnutzen, sagte Ackermann am Sonntag am Rande eines Wirtschaftsforums in Kapstadt. „Dann besteht das Risiko der regulatorischen Arbitrage.“

Text: F.A.Z.

Bildmaterial: AP

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2010.

Alle Rechte vorbehalten.

Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte erwerben



Verlagsinformation

Legen Sie auf FAZjob.NET kostenfrei Ihre Bewerbungsmappe an und optimieren Sie ab sofort Ihre Karrierechancen mit ein paar Klicks!

F.A.Z. Electronic Media GmbH 2001 - 2010
Dies ist ein Ausdruck aus www.faz.net.